

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Rudolf Köpcke  
Verlagsnummer: 1884  
Kurz für Adressen: Nr. 10011  
Schlüsselnummer: Hauptstadt 10011  
Verleger: R. L. Köpcke

Bezugspreis bei regelmäßiger Lieferung monatlich 2,20 RM. (einschließlich 10 % für Porto).  
Einzelhefte 10 Pf. (einschließlich 10 % für Porto).  
Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind nach dem Inhalt der Anzeigen zu berechnen. Die Anzeigenpreise sind nach dem Inhalt der Anzeigen zu berechnen.

Druck: Verlag Köpcke & Welsch  
Verlag: Köpcke & Welsch  
Verlag: Köpcke & Welsch

## Der Kanzler ruft zur Winterhilfe auf

### Gemeinschaftssinn im Befreiungskampf!

### Vor 70 Jahren

Berlin, 22. Sept. In der Stunde für die Winterhilfe sprach am Donnerstagabend Reichskanzler v. Papen über alle deutschen Sender. Der Kanzler erklärte folgendes: „Meine lieben Landsleute! Heute wendet sich das Winterhilfswerk an Sie und das ganze deutsche Volk mit der dringlichen Bitte, es auch im kommenden Winter durch freiwillige Spenden aller Art bei der Betreuung bedürftiger Volksgenossen zu unterstützen. Die Reichsregierung macht sich gern durch mich zum Fürsprecher dieser Bitte, welche die in der deutschen Einsamkeit der Wintermonate zusammengeführten Wohltätigkeitsorganisationen an alle, die helfen können, ergehen lassen.“

Anstrengungen wird es bedürfen, um mit den Sammlungsanstrengungen gegenüber dem Vorjahr nicht zurückzufallen. Aus den Grundbindungen jedes nationalen Zusammenhalts, Familie, Heimat, Vaterland ergibt sich aber die Pflicht zum persönlichen Dienst des einen an anderen. Auch das Winterhilfswerk ist Dienst am Vaterland! Und auch für den Dienst an unseren deutschen Volksgenossen sollte das Dichterverständnis gelten: „Genug ist nicht genug!“

Morgen kehrt der Tag zum 70. Male wieder, an dem Bismarck die Verantwortung für die preussische und damit für die deutsche Politik übernahm. Es war eine konfliktreiche, entscheidungsschwere Zeit. Wenn es damals nicht gelungen wäre, den König von Preußen zu bestimmen, Bismarck mit dem Amt des Ministerpräsidenten zu betrauen, dann wäre es vielleicht niemals zu einer Einigung der deutschen Stämme gekommen. So feiern wir mit der 70. Wiederkehr der Ernennung Bismarcks zum preussischen Ministerpräsidenten mehr als das Ministerjubiläum des größten deutschen Staatsmannes. Wir feiern die eigentliche Geburtsstunde der deutschen Einheit. Aber mehr noch! Die Ereignisse, die zur Betrauung Bismarcks führten, sind für die Gegenwart lebendiger als je, weil sie interessante Parallelen zu den heutigen politischen Schwierigkeiten unseres Volkes eröffnen, wenn auch wir uns dabei vor Augen halten wollen, daß geschichtliche Tatsachen sich nicht wiederholen und es deshalb nicht angebracht wäre, nun etwa aus ähnlicher Neugierde der Entwicklung die gegenwärtig handelnden Personen Bismarck und seinem König gleichzusetzen. Bismarck ist nicht von ungefähr zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Er ist keine Entdeckung seines Königs, vielmehr galt er in allen politischen Kreisen schon seit Jahren als der kommende Mann. Bereits in der Zeit seiner Anarchisterei zum preussischen Ständehaus hatten ihn die anarcho-sozialistischen Parteien als den leidenschaftlichsten und schroffsten Vertreter der Rechte der Krone kennen und haben gelernt. Und gerade diese Tatsache hat zur Folge, daß sowohl König Friedrich Wilhelm IV. wie Wilhelm I. Bismarck sorgfältig von der Innenpolitik fernhielten, am das ausfallige Parlament nicht zu reizen. Denn Bismarck war im Landtag, der über eine grobe demokratisch-liberale Mehrheit verfügte, der reinste Vertreter des konserverativen Antifortschritts und als schärfster Reaktionsär vertrieben. Der König wählte ein Kabinett, in dem Bismarck sich hätte den endgültigen Bruch mit dem Parlament beschließen lassen. Solange es aber irgend eine, vermittelnde Rolle im Einverständnis mit dem Landtag zu spielen. Er bereitete deshalb im Jahre 1871 das liberale Ministerium Hohenzollern. Aber auf die Dauer ließ sich der Konflikt zwischen der Auffassung des Königs von der Notwendigkeit, Preußens Großmachtstellung durch den Ausbau der Wehrmacht zu sichern, und einem Parlament nicht überbrücken, das politisch inkontinenzlos, es geradezu als seine Aufgabe betrachtete, Preußen dem sogenannten Grobkraftmittel auszuliefern. Der König war der Hüter der preussischen Staatsidee, die einen auf Wehrhaftigkeit aufbauten politischen Willen und politische Verantwortlichkeit gegenüber der Zukunft des Staates in sich schloß.

#### Nur unserem deutschen Vaterland liegen noch immer dunkle Schatten.

Das letzte Winterhilfswerk hat den Beweis erbracht, wie groß und hart sich deutsche Opferbereitschaft und deutscher Opfermut trotz allem erhalten haben.

Für das letzte Hilfswerk sind vom deutschen Volk rund 100 Millionen in Geld und Sachspenden aufgebracht worden.

Wohl lassen manche Anzeichen erkennen, daß sich in der Welt hier und dort gewisse Aufhellungen verbreiten. Es regen sich neue Hoffnungen, daß nach der grauhaften Verheerung durch den Krieg und nach der Kontinuität der Erde übersehbar hat, neuer Grund aufzutreten wird, auf dem wirtschaftliches Leben wieder gedeihen kann.

Hunderttausenden Männern, Frauen, Vätern, Müttern und Kindern konnte damit wenigstens ein Teil des Allernotwendigsten beschafft werden, was sie sonst hätten entbehren müssen. Damit hat sich deutsche selbstlose Hilfsbereitschaft ein neues Denkmal in der Geschichte gesetzt. Allen denen die daran mitgewirkt haben, spreche ich den Dank des Reiches aus.

Die Ueberzeugung schließt sich, daß, wenn auch nicht das Ende aller Auswüchse des ungeheuerlichen Wirtschaftsniederrückes erreicht ist, so doch der gefährliche Punkt überwunden ist, der über Tod oder Leben entscheidet.

Die Erfahrungen des vorigen Winters haben jedoch lehrer gelehrt, daß sich unser Volk über alle weltanschaulichen und Parteigrenzen hinweg immer dann die Hände heilt und reichten will, wenn es Weikund zu leisten heißt und wenn Beweis nationaler Zusammenhalt in Zeiten der Gefahr erbracht werden soll. — Ich bin überzeugt, daß auch der diesmalige Appell an die Opferbereitschaft nicht vergeblich sein wird.

Die Reichsregierung hat für den Zeitpunkt, an dem sich eine neue aufstrebende Entwicklung anbahnt, ihrerseits Maßnahmen getroffen, um die deutschen Wirtschaftskräfte aus ihrem Erstarrungszustand wieder zu neuer Entfaltung zu bringen. Sie hat damit den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit als eine der offenbarsten Erscheinungen des unverschuldeten Elends von Millionen arbeitender Volksgenossen und ihrer Familien mit Entschlossenheit aufgenommen.

Der erbarmungslose Lebenskampf des einzelnen ist ja nur ein Teil des großen Kampfes, in dem Deutschland als Ganzes steht, in dem es um seinen Bestand, sein Dasein, seine Zukunft ringt. Es ist ein Befreiungskampf, wie ihn Preußen vor 120 Jahren gekämpft hat.

Sie erwarten zuversichtlich, daß sich ihre Maßnahmen schon in den nächsten Monaten heilsam auswirken werden und daß das Gefühl der Hoffnungslöslichkeit und Mitleidigkeit, von der manche Volksteile zu Zeiten erlöst gewesen sein mögen, bald einer zuversichtlicheren Betrachtung weichen wird.

Jeder gebe daher nach Kräften, und sei es die unheimlichste Spende! Sie wird den notleidenden Volksgenossen ein Zeichen dafür sein, daß auch in dem leidenschaftlichsten Zirkel der Meinungen ein unzerbrechliches Band menschlicher Verbundenheit alle die umschließt, die sich Deutsche nennen.

Ein derartiger heiliger Geländungsprozess erfordert jedoch keine Zeit. Deshalb wird auch der kommende Winter dem Gemeinschaftssinn des deutschen Volkes neue große Aufgaben stellen. Bei der Massenlosigkeit der Verarmung reichen trotz des größten Aufwandes öffentliche Mittel die staatlichen und gemeindlichen sozialen Einrichtungen nur eben hin, um einen äußersten Lebensbedarf sicherzustellen. Wie groß dennoch die Lebensnot von Millionen deutscher Volksgenossen ist, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Sie sind täglich Zeugen ihres oft verzweifelten Lebenskampfes. Die Massen unverschuldet ins Unglück Geratener sind dennoch den Wägen nicht verloren, daß sie mit ihren zermürbenden Sorgen und Entbehrungen sich wieder einmal in eine bessere Zukunft hindurch retten. Sie haben sich das Vertrauen zu sich selbst und zu ihrem Volke erhalten, aber sie werden in diesem Vertrauen neu gestärkt werden, wenn es auch in diesen Wintermonaten gelingt, ihnen einen neuen Beweis wohlthätiger Nächstenliebe zu erbringen, wie es seit Christiensepflung und Christenbrauch gebräuchlich ist. Gewiss ruhen auf allen Schultern und allen Schichten und Ständen schwere Lasten und drückende Sorgen. Die Opferfähigkeit eines jeden ist bis zum äußersten in Anspruch genommen. Den meisten wird es schwer fallen, noch etwas von dem abzugeben, was sie ihr eigen nennen oder mit Sorgen und Mühen für ihre Familien erwerben. Mancher, der gern geben möchte, wird glauben, hierzu nicht in der Lage zu sein. Viele sind selbst in Not geraten, die noch vor einem Jahr anderen helfen konnten. Um so größerer

#### Nach dem Reichskanzler sprach

#### Generalintendant D. Karow

für die freie Wohlfahrtspflege und die in der deutschen Einsamkeit der freien Wohlfahrtspflege vereinigten Spitzenverbände, die die Durchführung des diesjährigen Winterhilfswerks wiederum übernommen haben. Er führte unter anderem aus: Die Größe der Not muß und bis in die Tiefe der Seele erschauern. Unser Mitleid allein genügt nicht. Als solche, die mitteilen, müssen wir lernen, daß wir wirkliches Mitleid nicht in leeren Empfindungen und Worten erschöpfen, sondern zur Tat, zur Hilfe.

#### Professor Dr. Langstein

Präsident des künftigen Wohlfahrtsverbandes, leute in seiner Ansprache die Beziehungen der Not zur Volksgesundheit dar. Er hielt es für erwiesen, daß es zu einem großen Teil der vorjährigen Winterhilfe zu verdanken ist, wenn namentlich unser Nachwuchs sich noch gesund zu erhalten vermochte. Aber schon die von allen Seiten beobachtete Zunahme der englischen Krankheit ist ein Beweis für die schwere gesundheitliche Gefahr der Not. Eine neue, in ihren Folgen nicht zurückbleibende Winterhilfe tut dringlich not.

Der offizielle Aufruf zur Winterhilfe, dem sich Reichspräsident und Reichsregierung mit einem besonderen Beileidwort angeschlossen haben, wird am nächsten Sonntag veröffentlicht werden.

#### einen neuen Beweis wohlthätiger Nächstenliebe

an erbringen, wie es seit Christiensepflung und Christenbrauch gebräuchlich ist. Gewiss ruhen auf allen Schultern und allen Schichten und Ständen schwere Lasten und drückende Sorgen. Die Opferfähigkeit eines jeden ist bis zum äußersten in Anspruch genommen. Den meisten wird es schwer fallen, noch etwas von dem abzugeben, was sie ihr eigen nennen oder mit Sorgen und Mühen für ihre Familien erwerben. Mancher, der gern geben möchte, wird glauben, hierzu nicht in der Lage zu sein. Viele sind selbst in Not geraten, die noch vor einem Jahr anderen helfen konnten. Um so größerer

## Die Industrie protestiert gegen Kontingente

### Der Reichsverband an den Kanzler

Berlin, 22. Sept. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat an den Reichskanzler folgendes Telegramm geschickt: In ernster Sorge um die Erfolge des wirtschaftlichen Reformversuches der Reichsregierung bitten Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie einstimmig,

#### von den beschleunigten Kontingentierungsmassnahmen Abstand zu nehmen.

Dieser einstimmige Beschluß entstand durchaus nicht aus irgendwelcher Opposition gegen die Landwirtschaft oder gegen das auch von der Industrie dringlichst erstrebte Ziel der Wiederherstellung ihrer Rentabilität, für die wir mit der Landwirtschaft bis zum äußersten eintritten sind und der Landwirtschaft bis zum äußersten eintritten sind und noch eintreten. Auch haben nicht einseitige Interessen der Ausfuhrindustrie die Entscheidung des Reichsverbandes beeinflusst. Die einstimmige Stellungnahme des Reichsverbandes beruht vielmehr auf der Erkenntnis, daß eine Kontingentierung den Erfolg, den die Landwirtschaft von ihr erhofft, nicht haben kann, der Industrie aber die Möglichkeiten einer Wiederbelebung benimmt und die von der Reichsregierung erstrebten Anlässe zur Behebung der Arbeitslosigkeit gleich

im ersten Stadium vernichtet. — Reichsverband der Deutschen Industrie, Gruppe v. Kohlen und Galsbach. Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beschleunigen sich auch mit dem neuen wirtschaftlichen Programm der Reichsregierung und stellen einmütig fest,

daß die ganze deutsche Wirtschaft Anlaß hat, sich zu dem Verzicht einer Behebung der Wirtschaft von der Seite der persönlichen Initiative politisch und aktiv einzustellen.

Der Reichsverband behält sich vor, mit der Regierung in weitere Verhandlungen einzutreten, betont aber ausdrücklich, daß er selbst jede Art von Nörgerei und alle unberechtigten Sonderwünsche einzelner Gruppen entschieden ablehnt. Von der Wirtschaft und der Industrie selbst müsse andererseits alles getan werden, um die angestrebte Wirkung des Regierungsprogramms in einem möglichst hohen Grade zu erreichen. Der Reichsverband richtet an seine Mitglieder den dringenden Appell, durch weitgehende Initiative sich mit allen Kräften für eine Behebung der Wirtschaft einzusetzen und alles zu vermeiden, was die psychologischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, von denen der ganze Erfolg des Programms in weitgehendem Maße abhängt, föhren könnte.

Um das zu befehlen, muß man sich vernunftgemäß, daß Preußen nicht wie die anderen deutschen Staaten auf landwirtschaftlichen und handwerklichen Wirtschaften entworfen war, sondern im Kampf mit dem Slaventum auf Kolonialboden von seinen Wägen herabstürzen wurde. Es war, als ob sich die politischen Kräfte aller Stämme unseres Volkes auf dem katalischen Sandboden der Mark Brandenburg konzentriert hätten. Kämpferische Elemente aus allen Teilen Deutschlands stellten sich diesem Staat zur Verfügung. Außer Ritter und Ritterorden, später unter Friedrich dem Großen und während der Befreiungskriege Soldaten, Offiziere und Politiker aus allen deutschen Gauen. Dieses Preußen war ständig von neidischen Gauern umgeben. Seine ganze Kraft baute sich deshalb auf dem Meer auf, und Gneisenau konnte sagen: Wo das preussische Meer steht, da ist der Staat; und würde dieses Meer, von der Heimat vertrieben, selbst mitten in Polen. Ein Staat unter solchen Umständen gerätet und von solchem Meere besetzt, war nicht nur gezwungen sich ständig zu verteidigen, er mußte auch wachsen. Die Aufstellungen waren dem König als dem Träger der Tradition seiner großen Vorfahren in Fleisch und Blut übergegangen, nicht aber den Mitallern des Landtags die der Provokation der süddeutschen Demokraten gegen den angeblichen preussischen Militarismus erlegen waren. Es ist charakteristisch für diese Stimmung, daß noch ein Jahr vor Ausbruch des Krieges mit Frankreich, am 4. Juli 1870, die „Frankfurter Zeitung“ schreiben konnte, sie fordere die Aufrechterhaltung der Mainlinie, weil deren Verrückung „die Fortführung eines eigenartigen reichen Kulturlebens durch die alles überlebende eiserne Faust des Militarismus“ wohl die Vererbung eines Deutschlands in eine höfenerische Kaiserne“ bedeute. So hat damals das Unverständnis für die

Heute: **Der D.N.-Kraftfahrer**  
Seite 9 und 10